

Volkskammer  
der  
Deutschen Demokratischen Republik

10. Wahlperiode

Drucksache Nr. 218

F r a g e n

für die Fragestunde der 34. Tagung der Volkskammer  
am Donnerstag, dem 6. September 1990

Verzeichnis der Fragenden:

Abgeordnete		Nummer der Frage
Dieter Annies	(F.D.P.)	9
Harald Bauer	(CDU/DA)	7
Rainer Börner	(PDS)	4
Dr. Ernst Dörfler	(Bündnis 90/Grüne)	8
Christina Fritsch	(SPD)	12
Dr. Hans Gerd Glück	(PDS)	10, 11
Dr. Johannes Kney	(F.D.P.)	1, 2
Lothar Meier	(PDS)	6
Dr. Gert Meißner	(F.D.P.)	14, 15
Rainer Pietzsch	(Bündnis 90/Grüne)	5
Gerd Poppe	(Bündnis 90/Grüne)	3
Thomas von Rysse	(F.D.P.)	13

Fragen zur schriftlichen Beantwortung:

Dr. Günter Hielscher	(F.D.P.)	16
Thomas von Rysse	(F.D.P.)	17
Wieland Sorge	(SPD)	18

Ministerpräsident

1. Abgeordneter  
Dr. Johannes Kney  
F.D.P.-Fraktion  
Welcher aktuelle Stand ist - gut 4 Wochen vor dem Beitritt - bei der Schließung von diplomatischen Vertretungen der DDR im Ausland und beim Abbau des Personals dort und im Ministerium in Berlin erreicht?
  
2. Abgeordneter  
Dr. Johannes Kney  
F.D.P.-Fraktion  
Die DDR hat in vielen Organisationen, im Warschauer Pakt oder im RGW, Verpflichtungen übernommen. Wie werden diese im Vereinigungsprozeß abgesichert?
  
3. Abgeordneter  
Gerd Poppe  
Fraktion Bündnis 90/Grüne  
Der Ministerrat hat unlängst beschlossen, 52 Staatsbürgern von Hongkong aus - ich zitiere: "humanitären" Gründen - die DDR-Staatsbürgerschaft zu verleihen. Diese 52 Personen leben nicht in der DDR und beabsichtigen dies auch nicht, haben aber 15 Milliarden DM Investitionskredite zugesagt. Dazu meine Fragen:  
  1. Bedeutet dies, daß damit auch die in der DDR lebenden Ausländer mit ständigem Wohnsitz, die zwar kein Geld haben, aber hier arbeiten, ebenfalls die DDR-Staatsbürgerschaft erhalten werden, soweit sie dies wünschen und zum Teil schon lange vor den Hongkonger Bürger beantragt haben?
  2. Bedeutet es weiter, daß in der DDR arbeitenden Ausländern unter Hinweis auf den Präzedenzfall der Einbürgerung von weder jetzt noch zukünftig hier lebenden Personen zumindest das Bleiberecht garantiert wird, und daß Asylbewerber, deren Antragsgründe akuter Natur sind und nicht prophylaktischer wie die der Bürger Hongkongs - dieses wird im Jahre 1997 in die Volksrepublik China integriert - sich in Zukunft auf die gleiche Interpretation des Begriffs "humanitär" berufen können, die der erwähnte Ministerratsbeschuß benutzt?

4. Abgeordneter  
Rainer Bömer  
Fraktion der PDS

Am 13. August 1990 war in der Regierungspressekonferenz von Frau Merkel zu vernehmen, daß die Regierung beschlossen hat, den Beschluß der Modrow-Regierung vom 22. Februar 1990 "über arbeitsrechtliche und soziale Regelungen für Mitglieder örtlicher Räte, die mit Ablauf der Wahlperiode 1990 aus der Funktion ausscheiden", aufzuheben. Davon betroffen sind nach unserer Kenntnis insgesamt 16.500 Bürgerinnen und Bürger. Dabei handelt es sich vorwiegend um ehemalige Bürgermeister und Ratsmitglieder von Städten und Gemeinden. Gerade diese haben zu keiner Zeit in der DDR zu den besonders gut Verdienenden gehört. Sie haben dennoch vorwiegend über viele Jahre, teilweise über Jahrzehnte, aufopferungsvoll, engagiert und oft genug hart am Rande der seinerzeit gültigen Rechtsvorschriften für die Bürger ihrer Gemeinde oder ihrer Stadt gearbeitet. Der größte Teil dieses Personenkreises ist durch die Aufhebung des o.g. Beschlusses damit ab 1. September 1990 weitgehend auf Arbeitslosenunterstützung angewiesen. Herr Ministerpräsident, ist dies mit Vertrauensschutz und Rechtsstaatlichkeit vereinbar, und warum liquidieren Sie den Beschluß einer Regierung, der Sie als stellvertretender Ministerpräsident angehörten?

Geschäftsbereich des Ministers des Innern

5. Abgeordneter

Rainer Pietsch

Fraktion Bündnis 90/Grüne

In der Presse war zu lesen, daß der Bürger Diestel ein Grundstück mit Einfamilienhaus am Zeuthener See erworben und dafür die Zustimmung des Innenministers Diestel erhalten hat. Auch die Herren Ahrendt (Ex-Innenminister der DDR), VP-Direktor Fischer und Chefinspektor Müller sollen in Zeuthen Grundstücke und Häuser vom MdI mit Ihrer Zustimmung erworben haben.

Können Sie diese Sachverhalte bestätigen?

Können Sie uns auch die Kaufsumme nennen, die Sie bezahlt haben?

Geschäftsbereich des Ministers der Finanzen

6. Abgeordneter

Lothar Meier

Fraktion der PDS

Gegenwärtig sind viele Eigentumsfragen an Grund und Boden für ehemals volkseigene Unternehmen nicht endgültig geklärt. Das behindert außerordentlich die Kreditaufnahme der betroffenen Unternehmen. Nach Aussagen westlicher Banken wäre im Interesse dieser Unternehmen eine Ausfallbürgschaft der Regierung für diese Fälle möglich und zugleich risikolos.

Jeder Tag fehlender Mittel kostet weitere Arbeitsplätze. Auch bis zum 3. Oktober 1990 wäre ein wesentlicher Effekt erreichbar, insbesondere auch für mittelständige Unternehmen.

Frage:

Welchen Standpunkt vertritt die Regierung zu einer Ausfallbürgschaft gegenüber Banken bis zur Klärung von Eigentumsfragen an Grund und Boden ?

Geschäftsbereich des Ministers für Umwelt, Naturschutz, Energie  
und Reaktorsicherheit

---

7. Abgeordneter  
Harald Bauer  
Fraktion der CDU/DA

Für den Schutz der Tropenwälder sind zahlreiche Initiativen eingeleitet und weltweit wirksam. Ein Vertreter einer Interessengruppe in meinem Wahlkreis hat sich mit diesem Problem zwecks Unterstützung an mich gewandt.

Entsprechend einer Pressemitteilung vom 4. 7. 1990 in der "Berliner Zeitung" beabsichtigt das Umweltministerium, einen Importstop durchzusetzen.

Welche Ergebnisse liegen vor, bzw. wie ist der Bearbeitungsstand?

8. Abgeordneter  
Dr. Ernst Dörfler  
Fraktion Bündnis 90/Grüne

Wer oder was hinderte das Umweltministerium bisher daran, die schon seit langem absehbare Verpackungsmüllflut mittels Verordnungen, wie z. B. dem Verbot von bestimmten Einweggetränke-Verpackungen, einzudämmen?

Warum wurde noch keine Verpackungsabgabe eingeführt, um nicht wiederverwendbare oder übertriebene Verpackungen finanziell zu belasten und somit einen ökologisch begründeten Wettbewerbsvorteil für Mehrwegverpackungen zu schaffen?

Warum wird das Inkrafttreten der seit Anfang Juli im Entwurf vorliegenden Verordnung über die Rücknahme und Bepfandung von Einwegverpackungen für Getränke um weitere zwei Monate hinausgeschoben?

Geschäftsbereich des Ministers für Bauwesen, Städtebau und  
Wohnungswirtschaft

9. Abgeordneter  
Dieter Annies  
Fraktion der F.D.P.
- Wie ist gegenwärtig der Erwerb von Eigentums-  
wohnungen rechtlich geregelt?

Geschäftsbereich des Ministers für Arbeit und Soziales

10. Abgeordneter  
Dr. Hans-Gerd Glück  
Fraktion der PDS
- Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen  
führen dazu, daß viele Klein- und Mittelbetriebe  
ihre Tätigkeit einstellen müssen. Welche Über-  
legungen sind vorhanden, um den Inhabern dieser  
Unternehmen bzw. auch mithelfenden Familienan-  
gehörigen sowie freiberuflich Tätigen angemessenen  
sozialen Schutz bei Arbeitslosigkeit zu gewähren?
11. Abgeordneter  
Dr. Hans-Gerd Glück  
Fraktion der PDS
- Welche Schritte wurden bisher unternommen, um die  
Arbeitsverwaltung in eine tatsächlich selbstver-  
waltete Organisation umzuwandeln und dabei auch  
nach dem Beitritt der DDR am 3. 10. 1990 die  
Interessen der bisherigen DDR-Bürger zu wahren?  
Werden die hohen finanziellen Leistungen der  
Arbeitsverwaltung finanzierbar sein?

Geschäftsbereich des Ministers für Gesundheitswesen

## 12. Abgeordnete

Christina Fritsch  
Fraktion der SPD

Gemäß Einigungsvertrag sollen bisher nur auf dem Gebiet der Bundesrepublik und Westberlin tätige Krankenkassen ab 1. Januar 1991 die Krankenversicherung für die ehemaligen DDR-Bürger übernehmen.

Mir ist bekannt, daß vor allem Räumlichkeiten und geschulte Mitarbeiter für diese Aufgabe fehlen. Nach meinen Informationen braucht beispielsweise die AOK von der Sozialversicherung der DDR Handlungsvollmachten, um Mietverträge u. ä. abschließen zu können.

Durch welche Maßnahmen wollen Sie sichern, daß diese Krankenkassen bis zum 1. Januar 1991 auf dem Gebiet der DDR ihren organisatorischen Aufbau vollziehen und Mitarbeiter ausbilden können, so daß der Versicherungsschutz für unsere Bürger lückenlos gewährleistet ist.

Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft

## 13. Abgeordneter

Thomas von Ryssel  
Fraktion der F.D.P.

Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um wirksamen Einfluß darauf zu nehmen, daß in den Kommunen Handwerks- und Gewerbebetriebe Grund und Boden bzw. Gewerberäume erwerben können und die sich als Investitionshemmnis erweisende Zurückhaltung der Gemeinden und Städte in dieser Frage überwunden wird?

Geschäftsbereich des Ministers für Abrüstung und Verteidigung

14. Abgeordneter  
Dr. Gert Meißner  
Fraktion der F.D.P.
- Wie ist die Anwendung sozialverträglicher Lösungen bei Berufs- und Zivilbeschäftigten im Zusammenhang mit der Eingliederung der NVA in die Bundeswehr gesichert?  
Armeeangehörige sollen über fünf Milliarden Mark in den Versorgungs-(Renten)fonds eingezahlt haben. Ist diese Summe noch verfügbar?
15. Abgeordneter  
Dr. Gert Meißner  
Fraktion der F.D.P.
- Ist die Sicherheit von Objekten und die Deponierung von Waffen und Munition in der gegenwärtigen Phase der Reduzierung der Truppenstärke noch gewährleistet?

Fragen zur schriftlichen Beantwortung

=====

Geschäftsbereich des Ministers für Bildung und Wissenschaft

16. Abgeordneter  
Dr. Günter Hielscher  
Fraktion der F.D.P.
- Wie ist der Standpunkt der Regierung zu einem geforderten Ingenieurgesetz (Gesetz zum Schutz der Berufsbezeichnung "Ingenieur" und "Beratender Ingenieur")?

Geschäftsbereich des Ministers für Post- und Fernmeldewesen

17. Abgeordneter  
Thomas von Ryssel  
Fraktion der F.D.P.
- Was ist eingeleitet, um den Telefonverkehr zu verbessern? Wann greifen diese Maßnahmen?

Parlamentarischer Staatssekretär beim Ministerpräsidenten

18. Abgeordneter  
Wieland Sorge  
Fraktion der SPD
- Voraussetzung für einen erfolgreichen Leistungssport ist eine breite Nachwuchsförderung, Talentesichtung und umfangreiche Trainingsarbeit sowie eine spezielle Ausbildung an Leistungssport-schulen. In den neuen 5 Bundesländern fehlen die materiellen Voraussetzungen in den nächsten Jahren, um diese Aufgaben zu lösen.
- Welche Möglichkeiten sehen Sie, um die bisherigen Einrichtungen des Nachwuchssports in den neuen 5 Bundesländern in irgendeiner Form zu erhalten?